



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

20.03.2012

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Gremiums
Planungsausschuss

am Mittwoch, 14.12.2011 im Infozentrum Mitte Altona, Harkortstraße 121 (Hofeingang), 22767
Hamburg

Sitzungsdauer 18:00 bis 20:25 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Teilnehmer	Fraktion	Anmerkung
------------	----------	-----------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Adrian	SPD	Ausschussmitglied
Herr Classen	SPD	Vorsitzendes Mitglied
Herr Hund	SPD	Ausschussmitglied
Herr Kaeser	SPD	Ausschussmitglied
Herr Strate	SPD	Ausschussmitglied
Herr Werner	SPD	Ausschussmitglied
Herr Schmuckall	CDU	Ausschussmitglied
Herr Szczesny	CDU	Ausschussmitglied
Frau Boehlich	GRÜNE/GAL	Ausschussmitglied
Herr Trede	GRÜNE/GAL	Ausschussmitglied
Herr Jarowoy	DIE LINKE	Ausschussmitglied

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Herr Dr. Jütting	SPD	Ständige Vertretung
Herr Andersen	GRÜNE/GAL	Ständige Vertretung

von der Verwaltung

Frau Harden		Protokollführung
Herr Schulz		Protokollführung

Gäste

Herr Prof. Walter (Oberbaudirektor)		Referent zu TOP 2
Herr Gerdemann (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt)		Referent zu TOP 2

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil :

- 1 Öffentliche Fragestunde**
- 2 Masterplan Mitte Altona**
Vorstellung und Diskussion
- 3 Mitteilung(en)**
- 4 Verschiedenes**
- 5 XIX-0839**
Wohnungsneubau
Kleine Anfrage von Karsten Strasser (Fraktion DIE LINKE)

Nicht öffentlicher Teil :

- 6 Senatsdrucksachenentwurf „Masterplan Mitte Altona“**
Erarbeitung einer Stellungnahme für die Bezirksversammlung
- 7 Mitteilung(en)**
- 8 Verschiedenes**

Protokoll:

Öffentlicher Teil :

1 Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

Der Ausschuss legt fest, dass die anwesenden Bürger im späteren Sitzungsverlauf noch Fragen stellen können.

2 Masterplan Mitte Altona Vorstellung und Diskussion

Herr Prof. Walter stellt anhand einer Präsentation den Masterplan Mitte Altona vor (siehe Anlage). Aus dem Siegerentwurf des städtebaulichen Wettbewerbs sei der Masterplan entwickelt worden. Der Masterplan stelle ein städtebauliches Gerüst dar, welches später durch Bebauungspläne detailliert werde.

Er erläutert die Höhenentwicklung, die Bebauung entlang der Präsident-Krahn-Straße, das Nutzungskonzept, den vorgesehen Wohnungsmix (1/3 Eigentumswohnungen, 1/3 freier Wohnungsbau, 1/3 geförderter Wohnungsbau, zusätzliche Berücksichtigung von Baugemeinschaften), die geplante Stadtteilschule, Integration der denkmalgeschützten Gebäude, den Stadtteilpark sowie das Mobilitätskonzept für ein autoarmes Quartier.

Seitens des Ausschusses gibt es keine Nachfragen. Es werden Nachfragen der Bürger zugelassen.

NACHFRAGEN UND ANREGUNGEN DER BÜRGER

Mehrere Bürger betonen, dass sich der Masterplan positiv entwickelt habe und das städtebauliche Konzept vertretbar sei.

Lärmaspekt

Mehrere Bürger vermissen eine Lösung für den Fall, dass der Fernbahnhof nicht nach Diebsteich verlegt wird.

Herr Prof. Walter legt dar, dass es bei der Verlegung des Fernbahnhofes auf jeden Fall mehrjährige Verzögerungen zwischen den Bauabschnitten geben werde, da der neue Bahnhof auf einer heutigen Grünfläche erst gebaut werden müsse. Aus diesem Grund sei auch wichtig, dass die Bauabschnitte getrennt voneinander realisierbar sein müssten. Im nördlichen Bereich sei grundsätzlich Lärmschutz notwendig, da in jedem Fall dort Bahnverkehr stattfinden werde.

Ein Bürger gibt zu bedenken, dass die Lärmbelastung laut eines Gutachtens zum Masterplan auch nachts stattfinden werde. Zur Verdeutlichung trägt er eine Tonaufnahme von einer fahrenden S-Bahn in der sogenannten Quietsch-Kurve von Altona vor. Weiterhin fragt er nach der Lärmabschirmung des Parks.

Herr Prof. Walter bestätigt, dass wegen der Überschreitung der zulässigen Lärmgrenzwerte Lärmschutzmaßnahmen erforderlich seien. So müssten die Bebauungspläne entsprechende technische Maßnahmen zum Lärmschutz innerhalb der Gebäude vorsehen, insbesondere für die Schule und die nördliche Bebauung. Dazu gehöre auch ein lärmgeschützter Grundriss, bei dem nur Nebenräume nach Norden und Wohn- und Ruheräume nach Süden ausgerichtet seien. Vorteil der Blockbebauung sei, dass in den Innenhöfen niedrige Werte erreicht würden. Für den Fall, dass der Fernbahnhof nicht verlagert werde, bestehe die Möglichkeit, Freianlagen/Parks mittels Lärmschutzwänden zu schützen.

Eine Bürgerin vertritt die Auffassung, dass aufgrund der Lärmbelastung durch die zusätzlichen Verkehre in der Harkortstraße ein Wohnen im Erdgeschoss oder ersten Obergeschoss nicht mehr möglich sein werde.

Herr Prof. Walter problematisiert, dass speziell im nördlichen Teil der Harkortstraße eine Überlagerung von Industrielärm (Holsten Brauerei) und Straßenlärm bestehe. Es sei dokumentiert, dass hier die geltenden Richtwerte überschritten würden. Aus diesem Grund sei zu klären, ob im dortigen Bereich Wohnen oder Gewerbe/Büronutzung im Erdgeschoss möglich sein werde oder erst ab dem ersten Obergeschoss.

Bürgerforderungen und Bürgerbeteiligung

Eine Bürgerin kritisiert, dass die Bürgerforderungen zu den wirtschaftlichen und juristischen Rahmenbedingungen nicht in den Masterplan aufgenommen worden seien.

Herr Gerdemann entgegnet, dass die Anlage B des Masterplans zwei Teile mit Bürgerforderungen enthalte. Während Teil 1 alle Bürgerforderungen, auch die wirtschaftlichen und juristischen, enthalte, sei Teil 2 ein Auszug und enthalte nur die Forderungen, die sich auf den derzeitigen Planungsstand des Masterplans bezögen. Dort seien keine wirtschaftlichen und juristischen Forderungen aufgeführt.

Mehrere Bürger bemängeln die Umsetzung bzw. Nichtbeachtung der Bürgerforderungen und erkundigen sich, wer entschieden habe, welche Forderungen übernommen würden. Zudem sei die Verwaltung in den wesentlichen Punkten des Masterplans mit einer festen Meinung angetreten und davon trotz anderer Vorschläge nicht abgewichen.

Herr Classen teilt mit, dass noch nicht abschließend über die Bürgerforderungen entschieden sei. Die Fraktionen würden über die Forderungen beraten und anschließend werde die Bezirksversammlung eine Stellungnahme zum Masterplan abgeben. Abschließend entscheide die Bürgerschaft.

Ein Bürger kritisiert, dass eine versprochene Clusterung der Bürgerforderungen nicht erfolgt sei, stattdessen seien per E-Mail 400 Fragebögen verschickt worden und es habe zu diesen bis zum 1.12.2011 lediglich 34 Rückmeldungen gegeben. Mehrere Bürger stellen wiederholt die Frage, was die stärkste Forderung der Bürger gewesen sei.

Herr Gerdemann weist darauf hin, dass die Priorisierung nicht repräsentativ sei und dies auch nicht sein solle. Man könne und solle auch nicht sagen, welche der Forderungen die wichtigste sei. Die Befragung sollte lediglich eine Tendenz erkennen lassen, welche Themen von hoher Bedeutung seien und wo es Widersprüchlichkeiten gebe.

Wohnungsmix und Bezahlbarkeit

Mehrere Bürger bestreiten, dass der Drittmix von den Bürgern vorgeschlagen worden sei. Den Drittmix habe die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) festgelegt. Es sei mehr als nur ein Drittel geförderter Wohnungsbau notwendig. Ein Bürger richtet an die Politik die Forderung, auch innerhalb eines Hauses eine Mischung von Eigentum und Miete zuzulassen. Ein anderer Bürger schildert den Konflikt aus Wohnraumbedarf und Bezahlbarkeit und bittet um Konkretisierung der geplanten Miethöhen. Eine Miete von 8 bis 10 Euro pro Quadratmeter sei für viele Familien nicht bezahlbar. Ortsansässige Gewerbetreibende seien ebenfalls auf bezahlbare Mieten angewiesen.

Herr Prof. Walter bestätigt, dass der Drittmix keine Bürgerforderung gewesen sei und führt aus, dass städtebaulich eine Mischung verschiedener Wohnformen erforderlich sei. Der Drittmix schaffe eine stabile Grundstruktur für den Stadtteil. Deshalb habe es die Empfehlung der BSU für einen Drittmix gegeben. Bezirksversammlung, Senat und Bürgerschaft müssten nun darüber entscheiden. Herr Prof. Walter informiert, dass in Hamburg die Miethöhe bei Nutzung des 1. Förderweges bei 5,80 Euro pro Quadratmeter und beim 2. Förderweg bei bis zu 8 Euro pro Quadratmeter liege.

Bauliche Fragen

Ein Bürger weist darauf hin, dass beim Neubau von Gebäuden neben der Geschosshöhe auch die Firsthöhe beachtet werden solle. Diese solle festgelegt werden, damit die

Neubauten nicht höher gebaut würden als in der Nachbarschaft.

Herr Prof. Walter stimmt zu, dass eine Höhenbegrenzung sinnvoll sei, dies aber ein klassisches Thema für das nachfolgende Bebauungsplanverfahren sei. Man wolle die Anregung aufnehmen. Allerdings sei für eine gewerbliche Nutzung der Erdgeschosse eine größere Geschosshöhe erforderlich.

Auf Nachfrage eines Bürgers erläutert Herr Prof. Walter, dass es bezüglich der Barrierefreiheit eine Reihe von Vorschriften und Regelungen gebe, die eingehalten würden. Die Gewährleistung der Barrierefreiheit gelte sowohl für Parks als auch für Gebäude.

Verkehrsplanung

Eine Anwohnerin fragt, wie die umliegenden Straßen den entstehenden Zusatzverkehr aufnehmen sollen. Es sei vorstellbar, dass zwei Drittel der Bewohner der 1.500 neuzubauenden Wohnungen mindestens zwei Autos besitzen würden.

Herr Prof. Walter antwortet, dass die Harkortstraße und teilweise auch die Haubachstraße die Hauptableitung für diese zusätzlichen Verkehre darstellen würden. In der Harkortstraße seien, ebenso wie am Kaltenkirchener Platz und am Lessingtunnel Umbauten und Optimierungen erforderlich. Mit dem 2. Bauabschnitt sei eine neue Querverbindung in westlicher Richtung vorgesehen. Es solle aber kein Abkürzungsverkehr erzeugt werden.

Eine Bürgerin bekräftigt ihren Wunsch nach autofreiem Wohnen und fragt, warum im Masterplan autoarmes statt autofreies Wohnen vorgesehen sei.

Herr Prof. Walter führt aus, dass ernsthaft ein autoarmes Quartier geschaffen werden solle. Hierbei werde der Begriff „autoarm“ übergreifend für das gesamte Gebiet verwendet. Auf das Gesamtgebiet bezogen bestehe die Chance der Schaffung autofreier Inseln. Aufgabe der Stadt sei es, eine bedarfsgerechte, leistungsstarke Anbindung an den ÖPNV vorzuhalten.

Eine Bürgerin fragt nach der Parkplatzsituation.

Herr Prof. Walter erörtert, dass gemäß Masterplan alle Anwohnerparkplätze unterirdisch anzulegen seien. Noch unklar sei die Zahl der Besucherstellplätze. Diese Frage müsse noch geklärt werden.

Ein Bürger regt ein stadtteilbezogenes Verkehrskonzept an, welches umweltfreundliche Mobilität, z.B. Radverkehr und Car-Sharing, unterstütze und eine Verkehrsberuhigung in der Harkortstraße zu Gunsten von Schneisen für den Radverkehr einschliesse.

Herr Prof. Walter gibt zu bedenken, dass die Problematik darin bestehe, dass die Verdrängung von Verkehr aus der Harkortstraße andernorts zu mehr Verkehr führen werde. In der Harkortstraße sei die Einrichtung separater Radwege auf beiden Seiten geplant. Jedoch werde die Straße zweispurig erhalten und es werde bei einer Verkehrsbelastung von etwa 12.000 Fahrzeugen pro Tag bleiben. Herr Poitiers (Architekt, Sieger im städtebaulichen Wettbewerb) ergänzt, dass die Harkortstraße eine Breite von 14 Metern bis 25 Metern habe. Aufgrund der angrenzenden Gebäude sei eine Fahrbahnverbreiterung nicht möglich. Es sei aber vorgesehen die Fußwege zu verbreitern.

Fragen zum Verfahren

Ein Bürger vermisst beim Masterplan das Kleinteilige und fragt, wann dieses passieren werde.

Herr Prof. Walter und Herr Poitiers antworten, der Masterplan habe eine gewisse Offenheit, da er noch mit einem groben Maßstab arbeite. Der nächste Schritt seien städtebauliche Wettbewerbe. Eine Präzisierung erfolge erst im Funktionsplan. Dieser befasse sich u.a. mit der Durchgängigkeit der Wohnblöcke. Viele Bürgerforderungen könnten erst im Funktionsplan weiterverfolgt werden.

Eine Bürgerin fragt nach der Verzahnung von Masterplan und Zukunftsplan. Herr Prof. Walter bestätigt, dass es tatsächlich Zusammenhänge mit dem Zukunftsplan gebe. So müsse z.B. betrachtet werden, was mit der Bahnenfelder Trabrennbahn passieren werde. Auch andere umliegende Entwicklungen müssten beachtet werden.

STELLUNGNAHMEN DER FRAKTIONEN

Herr Adrian (SPD-Fraktion)

Herr Adrian bedankt sich für die sachliche Diskussion. Er nehme aus der Veranstaltung mit, dass aus Bürgersicht viele Forderungen nicht aufgenommen worden seien. Es sei letztlich Aufgabe der Politik eine Priorisierung der Bürgerforderungen vorzunehmen.

Der Masterplan sei gut, da er u.a. die Möglichkeit biete, preiswerten Wohnraum zu schaffen. Der Wohnungsmix mit der Drittel-Regelung sei richtig, um isolierte Quartiere zu vermeiden. Herr Adrian hofft, dass freifinanzierter Wohnraum vor allem von Wohnbaugenossenschaften geschaffen werde, da bei ihnen eine Mietpreisdeckelung zu erwarten sei. Gut sei, dass Gespräche mit den im Gebiet ansässigen Gewerbetreibenden liefen und sich dort Alternativen aufzeigen würden.

Die SPD-Fraktion unterstütze den Ansatz für ein autoarmes Wohnen, zumal die Zukunft anderen Verkehren wie z.B. der Elektromobilität gehöre. Es müssten aber ebenso ausreichend Fahrradabstellmöglichkeiten vorhanden sein.

Herr Adrian sorgt sich, dass die Bahn sich noch nicht zur Verlegung des Fernbahnhofs positioniert habe. Zwar sei auch eine alleinige Realisierung des ersten Abschnitts möglich, aber der zweite Abschnitt bringe eine andere städtebauliche Qualität. Wenn mit dem Bebauungsplanverfahren begonnen werde, solle auch die Aussage der Bahn vorliegen. Städtebaulich sei man auf dem richtigen Weg.

Herr Szczesny (CDU-Fraktion)

Herr Szczesny lobt die neue Art von Bürgerbeteiligung. Die CDU-Fraktion werte die Bürgerforderungen positiv, da 40 Prozent der Bürgerforderungen auch Forderungen der Politik seien.

Erfreut zeige er sich über den Modellversuch eines autoarmen bzw. autofreien Wohnquartiers. Die sehr gute Anbindung an den ÖPNV würde auch zu weniger Verkehr in Altona-Nord beitragen.

Positiv zu werten seien die Barrierefreiheit und die Gestaltung der Grünflächen. Der 1. Preis des städtebaulichen Wettbewerbs habe hierzu gute Vorschläge unterbreitet.

Das Wohnen müsse so gestaltet werden, dass es für viele bezahlbar sei. Die Drittel-Regelung habe sich schon in der vergangenen Wahlperiode bewährt und könne dazu beitragen, einen zweiten Osdorfer Born oder ein zweites Mümmelmansberg zu verhindern.

Der Planungsausschuss und die Bezirksversammlung Altona würden nun die kommenden zwei Monate nutzen, um zu dem Entwurf eine vernünftige Stellungnahme an den Senat zu erarbeiten.

Da die Bahn in anderen Zeitdimensionen als der Normalbürger denke, sei nun der Senat gefordert, die Bahn zu einer Entscheidung zu bewegen. Solange diese Frage nicht geklärt sei, bestünden seitens der CDU-Fraktion Zweifel darüber, ob der 1. Bauabschnitt überhaupt gebaut werden solle. Erst solle der Senat Plansicherheit schaffen. Dennoch sei die CDU-Fraktion optimistisch, gemeinsam einen neuen Stadtteil entstehen zu lassen.

Frau Boehlich (GAL-Fraktion)

Frau Boehlich zeigt sich erfreut über die Diskussion. Vieles sei schon in Beschlüssen der Bezirksversammmlung aufgenommen worden. Es sei gut, dass eine Bürgerbeteiligung stattgefunden habe und diese auch fortgesetzt werde. Der Entwurf des Masterplans entwickle sich positiv.

Frau Boehlich ist erstaunt, dass von den Bürgern nur wenige Fragen zum Nutzungskonzept gestellt worden seien. Beispielsweise stelle sich die Frage nach Kultur- und Gemeinbedarfseinrichtungen. Die GAL-Fraktion wünsche sich hierzu Anregungen

aus der Bevölkerung. Diese Einrichtungen sollten von Beginn an mit eingeplant werden, damit sie später nicht notgedrungen zu Lasten der Grünflächen realisiert würden.

Weitere wichtige Themen seien Verkehr und Wohnungsmix. Die Drittel-Regelung werde von der GAL-Fraktion unterstützt, um einen zweiten Osdorfer Born oder ein zweites Steilshoop zu verhindern.

Skeptisch sehe die GAL-Fraktion vor dem Hintergrund einer bereits Jahre andauernden Diskussion die Frage, ob die Bahn zu einer schnellen Entscheidung zu bewegen sei. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, ob bereits mit dem ersten Bauabschnitt begonnen werden solle, zumal der Lärmschutz eine bedeutende Rolle einnehme.

Frau Boehlich kündigt an, die heutigen Anregungen zur Diskussion und Erarbeitung einer Stellungnahme mit in die Fraktion nehmen zu wollen.

Herr Jarowoy (Fraktion DIE LINKE)

Herr Jarowoy kritisiert, dass die Planungshoheit bei der BSU und nicht beim Bezirk liege. Der Bezirk werde nur geringfügig beteiligt. Zudem vermisse er Planungsalternativen.

Herr Jarowoy zeigt sich besorgt über die Diskrepanz zwischen den geplanten Miethöhen und den Einkommen der Bürger. Aktuell hätten 43 Prozent der Hamburger Anspruch auf einen § 5-Schein. Der erste Förderweg habe einen zu geringen Anteil an der Drittel-Regelung.

Herr Jarowoy bemängelt das Verhalten der Bahn. Die Bahn habe die Flächen von der Stadt zum Zwecke der Personen- und Güterbeförderung erhalten. Diese Aufgabe sei im Plangebiet inzwischen weitgehend aufgegeben worden. Damit die Flächen nicht Spekulanten in die Hände fallen könnte, sollten Investoren über das Planrecht und über städtebauliche Verträge zur Schaffung von gefördertem Wohnraum gezwungen werden. Es sei eine politische Ungeheuerlichkeit, dass die Bahn vom Senat keinen politischen Druck erhalte, eine Entscheidung zur Verlegung des Fernbahnhofs zu treffen. Die Verlagerung der Bahnanlagen sei wesentlich für die Wohnqualität.

Herr Classen teilt mit, dass der nicht-öffentliche Senatsdrucksachenentwurf auf die Sitzung am 21.12.2011 verlagt und das weitere Vorgehen dort festgelegt werde.

ca. 120 Gäste

3 Mitteilung(en)

Es gibt keine Mitteilungen.

4 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

5 XIX-0839

Wohnungsneubau

Kleine Anfrage von Karsten Strasser (Fraktion DIE LINKE)

Die Drucksache XIX-0839 erscheint aus nicht behebbaren technischen Gründen. Eine Beratung findet am 21.12.2011 statt.

Nicht öffentlicher Teil :

- 6 Senatsdrucksachenentwurf „Masterplan Mitte Altona“**
Erarbeitung einer Stellungnahme für die Bezirksversammlung

Der Senatsdrucksachenentwurf wurde einvernehmlich in die Sitzung am 21.12.2011 vertagt.

- 7 Mitteilung(en)**

Es gibt keine Mitteilungen.

- 8 Verschiedenes**

Es gibt keine Wortmeldungen.

gez.
Classen

Harden

Schulz

Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Altona
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg - Tel: 428.11-1906, Fax: 428.11-2903
bezirksversammlung@altona.hamburg.de
www.bezirksversammlung-altona.hamburg.de